Deutscher Bundestag **Drucksache 14/8828**
14. Wahlperiode 19. 04. 2002

Fragen

für die Fragestunde der 232. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 24. April 2002

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

1. Abgeordneter **Erwin Marschewski (Recklinghausen)** (CDU/CSU)

Was versteht die Bundesregierung im Zuwanderungsrecht unter „Beherrschen“, „ausreichenden Kenntnissen“ und „vorhandenen Kenntnissen“ der deutschen Sprache?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

2. Abgeordneter **Andreas Storm** (CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die gesamtwirtschaftlichen Rahmendaten vor, die die EU-Kommission ihrer Schätzung zugrunde gelegt hat, nach der für das Jahr 2002 ein gesamtstaatliches Defizit der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von 2,7 % des Bruttoinlandsproduktes erwartet wird?

3. Abgeordneter **Andreas Storm** (CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, wie hoch die EU-Kommission bei der Schätzung des gesamtstaatlichen Defizits der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 2002 das anteilige Defizit des Sektors „Sozialversicherungen“ angesetzt hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

4. Abgeordneter **Hans Michelbach** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung an Fördermaßnahmen zur Wettbewerbsgleichheit vor dem Hintergrund der neuesten Studie des Deutschen Industrie- und Handelskammertages für Firmenstandorte in Deutschland, die hohe Defizite für die strukturschwächeren Räume zeigt, zu veranlassen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

5. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU)

Ist es zutreffend, dass die Auswertungsphase des Vergabeverfahrens für das neue Bekleidungsmanagement der Bundeswehr nur 12 Tage betragen soll, und falls ja, hält die Bundesregierung einen solchen kurzen Zeitraum für angemessen, um ein Projekt im Wert von ca. 2 Mrd. Euro ausreichend prüfen und bewerten zu können?

6. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU)

Ist eine so kurze Frist von 12 Tagen zur Prüfung bei der Vergabe des Bekleidungsmanagements bei der Bundeswehr im Vergleich zur Prüfdauer von anderen Privatisierungsprojekten der Bundeswehr wie z. B. HERKULES oder bei der Heeresinstandsetzungslogistik überhaupt angemessen, und wenn ja, warum ist ein so hoher Zeitdruck aus Sicht der Bundesregierung gerechtfertigt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

7. Abgeordneter
Wolfgang Zöller
(CDU/CSU)

Hat sich die Bundesregierung vor Auftakt der Werbekampagne des Bundesministeriums für Gesundheit zur Darmkrebs-Vorsorge bei niedergelassenen Magen-Darm-Spezialisten informiert, wie deren Honorarsituation zur Behandlung ihrer Patienten aussieht, und wenn ja, zu welchen Ergebnissen hat dies geführt?

8. Abgeordneter
Wolfgang Zöller
(CDU/CSU)

Treffen Berichte (vgl. Leserbrief in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 4. April 2002) zu, dass die Behandlung von Darmkrebs-Patienten unterfinanziert ist mit der Folge, dass Patienten mit akuten Beschwerden, bei denen Darmkrebs nicht ausgeschlossen werden kann, häufig wochenlang auf eine Darmspiegelung warten müssen, und wenn ja, was wird die Bundesregierung dagegen unternehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

9. Abgeordneter **Dirk Niebel** (FDP)

Wie vereinbart die Bundesregierung die Gewährung finanzieller Hilfen an die Palästinensische Autonomiebehörde mit der Abschlusserklärung der UN-Konferenz „Financing für Development“ in Monterrey/Mexiko vom 18. bis 22. März 2002?

Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes

10. Abgeordneter **Eckart von Klaeden** (CDU/CSU)

Hat Bundeskanzler Gerhard Schröder mit SPD-Generalsekretär Franz Müntefering dessen Verhalten gegenüber dem 1. Untersuchungsausschuss besprochen bzw. war das Verhalten von SPD-Generalsekretär Franz Müntefering gegenüber dem 1. Untersuchungsausschuss mit Bundeskanzler Gerhard Schröder sogar abgestimmt?

11. Abgeordneter **Eckart von Klaeden** (CDU/CSU)

Hat Bundeskanzler Gerhard Schröder mit SPD-Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier deren Verhalten gegenüber dem 1. Untersuchungsausschuss besprochen bzw. war das Verhalten von SPD-Schatzmeisterin Inge Wettig-Danielmeier gegenüber dem 1. Untersuchungsausschuss mit Bundeskanzler Gerhard Schröder sogar abgestimmt?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

12. Abgeordnete **Sylvia Bonitz** (CDU/CSU)

Ist die in der „Wirtschaftswoche“ vom 21. März 2002 zitierte Äußerung des Bundesministers des Auswärtigen, Joseph Fischer, „Wissen Sie, ich kann Interviews geben, wem ich will – Sie müssen sich dafür immer erniedrigen“ gegenüber der ARD-Korrespondentin Hanni Hüsch korrekt wiedergegeben worden, und falls ja, was versteht der Bundesminister des Auswärtigen, Joseph Fischer, ganz konkret unter der zitierten „Erniedrigung“?

13. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Wie hat sich der Anteil deutscher Schüler an den deutschen Auslandsschulen in den letzten Jahren entwickelt, und wie bewertet die Bundesregierung Presseberichte (Frankfurter Rundschau vom 11. April 2002), wonach die aufgrund der Mittelkürzungen gestiegenen Schulgebühren für den Besuch einer deutschen Schule im Ausland zu einem Rückgang bei den deutschen Schülerzahlen geführt haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

14. Abgeordneter **Dr. Norbert Röttgen** (CDU/CSU)

Welche Gründe sprechen aus Sicht der Bundesregierung für oder gegen eine Novellierung der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte (BRAGO), und in welchem Zeitraum müsste eine solche Novellierung aus Sicht der Bundesregierung erfolgen?

15. Abgeordneter **Dr. Norbert Röttgen** (CDU/CSU)

Mit welchen anderen rechtspolitischen Projekten wie z. B. der Novellierung des Gerichtskostengesetzes (GKG) beabsichtigt die Bundesregierung eine etwaige Novellierung der BRAGO ggf. zu verknüpfen, und warum?

16. Abgeordneter **Dr. Jürgen Gehb** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf zur Novellierung der BRAGO einzubringen, und wenn nein, warum nicht?

17. Abgeordneter **Dr. Jürgen Gehb** (CDU/CSU)

Wird ein etwaiger Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Novellierung der BRAGO gegenüber dem von der Expertenkommission „BRAGO-Strukturreform“ im Auftrag der Bundesregierung erarbeiteten Entwurf eines Rechtsanwaltsvergütungsgesetzes (RVG-E) wesentliche Änderungen enthalten, und wenn ja, inwieweit?

18. Abgeordneter **Volker Kauder** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung die von der Arbeitsgruppe Gebührenrecht der Bundesrechtsanwaltskammer (BRAK) erarbeiteten Anregungen im Hinblick auf den von der Expertenkommission „BRAGO-Strukturreform“ vorgelegten Entwurf eines RVG-E aufgreifen, und wenn nein, warum nicht?

19. Abgeordneter
Volker Kauder
(CDU/CSU)

Entspricht der Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ vom 24. März 2002, nach dem Bundeskanzler Gerhard Schröder das Vorhaben der Bundesministerin der Justiz, Dr. Herta Däubler-Gmelin, zur besseren Vergütung von Rechtsanwälten im Kabinett gestoppt haben soll, den Tatsachen, und wenn ja, wie wirkt sich dies auf den Zeitplan für eine Novellierung der BRAGO aus?

20. Abgeordneter
Peter Weiß (Emmendingen)
(CDU/CSU)

Trifft es zu, dass die Bundesregierung beabsichtigt, den von der Bundesministerin der Justiz, Dr. Herta Däubler-Gmelin, erarbeiteten Entwurf eines Gesetzes zur Verhinderung von Diskriminierungen im Zivilrecht nicht mehr in dieser Legislaturperiode in den Deutschen Bundestag einzubringen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

21. Abgeordneter
Peter Dreßen
(SPD)

Welche Gründe gibt es dafür, dass das Pflanzenschutzmittel Lebaycid in Frankreich bis 10 Tage vor der Ernte gespritzt werden darf, in Deutschland jedoch verboten ist, und wird dadurch nach Ansicht der Bundesregierung nicht gegen den Gleichheitsgrundsatz in der Europäischen Union verstoßen?

22. Abgeordneter
Peter Dreßen
(SPD)

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass durch das Verbot des Pflanzenschutzmittels Lebaycid und dem Versprühen des Ersatzmittels Dimethoat bis maximal 21 Tage vor der Ernte viele Kirschenanbauer in ihrer Existenz gefährdet sind, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Existenz der Kirschenanbauer zu erhalten?

23. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)

Warum hat die Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft (BBA) auf den Antrag des Herstellers auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung für das Pflanzenschutzmittel Lebaycid vom 10. April 2002 hin bereits zu erkennen gegeben, den Antrag ablehnen zu wollen, nachdem der Parlamentarische Staatssekretär bei der Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Dr. Gerald Thalheim, in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 13. März 2002 die Erteilung

einer solchen Ausnahmegenehmigung für möglich gehalten hat und ist seitens der BBA sichergestellt, dass der einzige weitere zur Bekämpfung der Kirschfruchtfliege zugelassene Wirkstoff Dimethoat bezüglich seiner Umwelteigenschaften demselben hohen Standard genügt, an dem derzeit Lebaycid gemessen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

24. Abgeordneter **Wolfgang Dehnel** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, dass von den erheblichen Mittelkürzungen im Bereich der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) insbesondere die neuen Bundesländer betroffen sind, und die Kürzungen dort teilweise dramatische Auswirkungen haben?

25. Abgeordneter **Wolfgang Dehnel** (CDU/CSU)

Wie steht die Bundesregierung zu den Forderungen aus den Kommunen, Landkreisen und Verbänden bzw. Vereinen, die ABM-Mittel wieder zu erhöhen bzw. nicht weiter zu kürzen?

26. Abgeordneter **Dietrich Austermann** (CDU/CSU)

Wie wird die Verausgabung von durch die Bundesanstalt für Arbeit (BA) zugewiesenen Mitteln (Kurzarbeitergeld, ESF-Mittel u. a.) an die von der AgS (Agentur für Struktur- und Personalentwicklung GmbH, Bremen) betreuten Auffanggesellschaften (Gesellschaften nach § 175 Drittes Buch Sozialgesetzbuch – SGB III) bzw. deren Mitarbeiter kontrolliert?

27. Abgeordneter **Johannes Singhammer** (CDU/CSU)

Von welcher mittelfristigen Finanzentwicklung in der gesetzlichen Rentenversicherung geht die Bundesregierung aus, und für wie hoch erachtet sie die Schwankungsreserve in den kommenden Monaten (monatliche Einzeldarstellung) des Jahres 2002?

28. Abgeordneter **Johannes Singhammer** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die in einem Bericht der Zeitung „DER TAGESSPIEGEL“ vom 18. April 2002 als „Flop“ bezeichnete Ausgabe von Vermittlungsgutscheinen der BA, und welche Ursachen macht sie dafür verantwortlich?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

29. Abgeordneter **Hans Michelbach** (CDU/CSU)	Wann wird die Bundesregierung die konkreten Finanzierungszusagen für die ICE-Strecke Nürnberg–Coburg–Erfurt geben?
30. Abgeordneter **Manfred Grund** (CDU/CSU)	Wann ist mit dem Baubeginn des Autobahnteilstücks Leinefelde–Heiligenstadt im Zuge der Bundesautobahn A 38 von Göttingen nach Halle zu rechnen, nachdem der vorgesehene Termin schon um ein halbes Jahr überschritten wurde, und wie will die Bundesregierung sicherstellen, dass es zu keinen weiteren Verzögerungen kommt?
31. Abgeordneter **Manfred Grund** (CDU/CSU)	Was spricht dagegen, bereits jetzt mit dem Trassenbau und dem Bau weiterer Brückenbauwerke zu beginnen, auch wenn letzte Entscheidungen zur Fahrbahnentwässerung noch zu treffen sind?
32. Abgeordnete **Gerda Hasselfeldt** (CDU/CSU)	Werden trotz der deutlich verminderten Mittelzuweisungen des Bundes an die Länder im Bundesfernstraßenbau für Bedarfsplanmaßnahmen und der bisher fehlenden zusätzlichen Mittel für das „Zukunftsprogramm Mobilität“ und das „Anti-Stau-Programm“ die Projekte in den Ländern wie geplant realisiert und so beispielsweise auch die begonnene Baumaßnahme zum sechsstreifigen Ausbau der Bundesautobahn A 8 zwischen Dachau und Palsweis im Jahr 2002 fertiggestellt, nachdem dort die Brückenbauwerke inzwischen vollendet sind und die Vergabeentscheidung genehmigt ist?
33. Abgeordneter **Dr. Michael Luther** (CDU/CSU)	Auf welcher Finanzierungsbasis ermittelte die Bundesregierung die Gesamthöhe der Investitionen des im Investitionsbericht Infrastruktur angekündigten langfristigen 90 Mrd. Euro-Investitionsprogramms für die Modernisierung, den Ausbau und die bessere Vernetzung der Verkehrswege, und wie ist es beabsichtigt, in den neuen Bundesländern einen Investitionsschwerpunkt zu setzen?

34. Abgeordneter **Dr. Michael Luther** (CDU/CSU)

Nach welchen konkreten Gesichtspunkten wählte die Bundesregierung die Einzelprojekte für den „beschleunigten Bau von etwa 300 Ortsumgehungen“ aus, und wie viele dieser Ortsumgehungen befinden sich jeweils in den einzelnen Bundesländern?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333